

Vorrang für die Menschen

Der Konkurs der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 wird von vielen als Wendepunkt der aktuellen Wirtschaftskrise gesehen. Doch noch hat sich der Staub nicht gelegt. In den meisten so genannten „entwickelten“ Volkswirtschaften steigt die Arbeitslosigkeit weiterhin, und die Krise erreicht erst jetzt die Ufer weiter entfernter Länder. Aus den über 60 Länderberichten im Internationalen Social Watch Report 2009 lässt sich ableiten, welche Politik geeignet wäre, die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt zu rücken anstatt sie für die Versäumnisse der Politiker und Banker auch noch zahlen zu lassen.

Roberto Bissio

Der Konkurs der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 wird von vielen als Wendepunkt der aktuellen Wirtschaftskrise gesehen: Von da an griff die Krise wie ein Lauffeuer auf die Finanzmärkte und Börsen der reichsten Volkswirtschaften über. Seither hat der Begriff „Finanzkrise“ die Berichterstattung und die politische Debatte weltweit dominiert. Häufig wird die Weltwirtschaftskrise, der frühen 1930er Jahren als einzig vergleichbares Ereignis zitiert und der bekannte Historiker Eric Hobsbawm hat den Fall der Wall Street mit dem Fall der Berliner Mauer verglichen. Der als größter Historiker des 20sten Jahrhunderts geltende Hobsbawm stellte fest: „Die unbeschränkte und nicht regulierte kapitalistische freie Marktwirtschaft (...), die in den Jahren seit Margaret Thatcher und Präsident Reagan die Welt und ihre Regierungen fest im Griff hatte, (...) fällt vor unseren Augen in sich zusammen“, ebenso wie „die zentrale Planwirtschaft nach sowjetischem Muster vor zwanzig Jahren zusammengebrochen ist“.¹

Noch hat sich der Staub nicht gelegt. Zwar machen der Politik nahe stehende US-Investmentbanken wie Goldman Sachs schon wieder Gewinne und zahlen ihrem Führungspersonal Boni von mehreren Millionen Dollar. Doch in den meisten so genannten „entwickelten“ Volkswirtschaften steigt die Arbeitslosigkeit weiterhin, und die Krise erreicht erst jetzt die Ufer weiter entfernter Länder. Die lokale Social Watch Koalition in Bolivien beschreibt diese Perspektive beispielhaft: „Bolivien stand am Rande und beobachtete, wie [vor der Krise] eine Welle globalen Wachstums am Land vorbeirauschte, ohne selber die Chancen nutzen zu können, um einen eigenen Entwicklungsrhythmus zu finden. Gerade hatte die Volkswirtschaft an Dynamik gewonnen, als das globale Wachstum auch schon wieder zu schwächeln begann und dann den Rückwärtsgang einlegte.“

Der internationale Social Watch Bericht 2009, der erste globale Bericht zu den sozialen Auswirkungen der Krise aus der Perspektive von unten, enthält die Erkenntnisse zivilgesellschaftlicher Organisationen aus über 60 Ländern. UN-Institutionen und andere Stellen schätzen, dass Millionen Arbeitsplätze weltweit verloren gehen. Millionen weitere Menschen werden verelenden, mehr Kinder als vor der Krise werden wahrscheinlich sterben müssen. Denn die Märkte sind nicht in der Lage, die von ihnen selbst verursachten Probleme zu lösen – entgegen der vorherrschenden Lehrmeinung. Doch auch wenn solche globalen Betrachtungen durchaus ihren Wert haben, handelt es sich dabei nicht um Erkenntnisse, die direkt vor Ort gewonnen wurden. Die hier zusammengestellten Befunde aus reichen wie armen Ländern aller Kontinente weisen – trotz der Vielfalt der Situationen – erstaunliche Ähnlichkeiten auf. Die Berichte der nationalen Social Watch Koalitionen unterstreichen die dramatische Lage und fordert die Entscheidungsträger auf, zügig Maßnahmen zu ergreifen, die den Menschen Vorrang geben. Das ist nicht nur eine Frage sozialer Gerechtigkeit, sondern auch solider Wirtschaftspolitik.

Unschuldige Zuschauer

Im kapitalistischen Finanzwesen sind – wie im Kasino – die riskanteren Einsätze auch die mit der besten Rendite. Riskante Spekulationen bedeuten aber auch häufigere Verluste. So besehen besteht der Skandal nicht in der Pleite von Lehman Brothers, sondern in der Entscheidung des US-Präsidenten George W. Bush und seines Finanzministers Hank Paulson, hunderte Milliarden amerikanischer Steuergelder für die Rettung kollabierender Banken wie Goldman Sachs² und Versicherungskonzerne wie A.I.G. auszugeben. Als der wegen seines guten Rufs als Bankmanager in das Amt gewählte Präsident Yayi Boni aus Benin von dieser Entscheidung erfuhr, fragte er öffentlich, wo denn die Billionen für den Rettungsfonds herkommen sollten, und folgerte,

dass die Armen letztlich die Zeche für die Krise zahlen würden. Der belgische Bericht für Social Watch stimmt ihm zu: Als die Aktien der Banken und wichtigsten Unternehmen des Landes im Keller waren, kam die belgische Regierung den Banken mit Einlagengarantien zur Hilfe. Die Krise verursacht weiterhin steigende Arbeitslosigkeit, während sich die Kosten des Bankenrettungsplans in einer drastisch angestiegenen Staatsverschuldung niederschlagen – mit weit reichenden Konsequenzen für die Sozialleistungen. In Benin hat die lokale Social Watch Koalition recherchiert, dass die Regierung in ihren Anstrengungen zur Ankurbelung der Wirtschaft mit den Armen um knappe Baumaterialien konkurriert, während Basisorganisationen gegen steigende Lebenshaltungskosten mobil machen.

Viele nationale Social Watch Berichte schildern, dass und wie gerade Frauen unverhältnismäßig stark von der Krise betroffen sind. In den Worten der polnischen Koalition: „Sinkende Familieneinkommen (...) könnten ganze Gruppen der Gesellschaft verelenden lassen, vor allem in den unteren Schichten und im Mittelstand. Wahrscheinlich wird sich dies besonders nachteilig auf Frauen auswirken, die traditionell die Hauptverantwortlichen für das Wohlergehen der Familie sind – insbesondere in unteren Einkommensschichten. Nach Meinung einiger Analysten führen Krisen zur Ausweitung der informellen Arbeit in Polen, da vor allem Kleinunternehmer versuchen, Arbeitskosten einzusparen und Steuern und andere, bei formeller Beschäftigung anfallende Kosten zu vermeiden. Da Frauen häufiger vor allem im privaten Dienstleistungsbereich, wie etwa im Einzelhandel, schlecht bezahlte Arbeit haben, erscheint es sehr wahrscheinlich, dass sie stärker als die Männer dem wachsenden grauen Beschäftigungsmarkt ausgeliefert sein werden.“

In Frankreich hat sich die globale Krise direkt auf die Menschen ausgewirkt – wie auch in allen entwickelten Ländern, von denen sie ausging. Am deutlichsten zeigt sich dies in steigender Arbeitslosigkeit und wachsender gesellschaftlicher Ausgrenzung sowie darin, dass „es sogar Nahrungsmittelknappheit in Bereichen gibt, denen es vor nicht allzu langer Zeit noch gut ging“, so der Bericht der französischen Social Watch Koalition. Auch die Strategie der deutschen Regierung zur Krisenbewältigung beinhaltet weder soziale noch ökologische Ziele. Ihre Konjunkturpakete und Steuererleichterungen sind sozial unausgewogen; Entlassungen und eine wachsende Zahl von Teilzeitbeschäftigten enthüllen das hässliche Gesicht der Deregulierung. Und an den östlichen wie westlichen Rändern Europas erreicht die

¹ „Socialism has failed: Now capitalism is bankrupt. So what comes next?“ Eric Hobsbawm im Guardian vom 10. April 2009, unter: <www.guardian.co.uk/comments/free/2009/apr/10/financial-crisis-capitalism-socialism-alternatives>.

² Hank Paulson war Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs, bevor er Finanzminister in der US-Regierung wurde.

Armut „massive“ Ausmaße, berichten die Social Watch Koalitionen aus Portugal und Moldawien.

In der Tschechischen Republik „lässt die globale Wirtschaftskrise (...) den Lebensstandard sinken“ – hauptsächlich aufgrund wachsender Arbeitslosigkeit. Die tschechische Social Watch Koalition stellt die offiziellen Arbeitslosenzahlen in Frage und meint, dass 178.000 Menschen unberücksichtigt bleiben, die als nicht aktiv Arbeitssuchende gelten. Würden sie in die Arbeitslosenzahl einbezogen, erhöhte sich diese um 50 Prozent. Ausländische Beschäftigte vor allem aus Asien betrachtet man hier als Hauptleidtragende der Finanzkrise. Aber auch die Social Watch Koalitionen in Malta, der Slowakei und Zypern berichten von wachsenden Schwierigkeiten der Ausländer und von Fällen offener Fremdenfeindlichkeit.

Am anderen Ende der Skala wird von den Philippinen, Marokko, Mexiko, Nicaragua und vielen anderen Ländern der Welt von wirtschaftlichen Schwierigkeiten aufgrund rückläufiger Überweisungen der im Ausland tätigen ArbeitnehmerInnen berichtet. Im Falle Ägyptens trafen „rückläufige Überweisungen und die Rückkehr emigrierter ArbeiterInnen auf einen Arbeitsmarkt, der auf die Aufnahme weiterer Arbeitslose schlecht vorbereitet war“. In El Salvador „erhalten mehr als 300.000 Familien (26,7 Prozent der Bevölkerung) Zahlungen aus dem Ausland, mit denen die Kosten für Nahrungsmittel, Bekleidung und elementare Versorgungsleistungen gedeckt werden“. Die Überweisungen stiegen 2008 fast gar nicht mehr und werden 2009 erstmals zurückgehen.

Die Geschwindigkeit, mit der die Länder von den Auswirkungen der Finanzkrise heimgesucht werden, hat natürlich nichts mit ihrer geografischen Entfernung zur Wall Street, sondern vielmehr mit den Verflechtungen ihrer Volkswirtschaften mit denen im Epizentrum der Krise zu tun. In Mosambik etwa, einem der ärmsten Länder der Welt, veröffentlichte die *Mozambique International Bank* einen Bericht, in dem ein Schrumpfen der nationalen Volkswirtschaft vorhergesagt wurde, da die wirtschaftliche Aktivität in den Geberländern, die über die Hälfte des Staatshaushalts finanzieren, sowie in Ländern, die ausländische Direktinvestitionen tätigen ebenfalls zurückgehe. Social Watch Mosambik berichtet von fallenden Preisen bei Aluminium, Tabak, Zucker, Tee, Kastanien und Garnelen. Das werde sich auf die Exporterlöse auswirken und damit Aktivitäten zur Ankurbelung des Wirtschaftswachstums schwächen und Anstrengungen zur Tourismusförderung behindern. Angesichts einer

externen Budgetfinanzierung in Höhe von 42 Prozent befindet sich Tansania in einer ähnlichen Lage. Der französische Social Watch Bericht stellt dar, dass aufgrund der Krise und mangelnder Alternativen zur Erschließung neuer Mittel für die staatliche Entwicklungshilfe diese Form der Hilfe drastisch reduziert worden sei und dass Frankreich seine entsprechenden Verpflichtungen nicht einhalten werde. Im Gegensatz dazu hat Spanien noch einmal seine Verpflichtung bekräftigt, 0,7 Prozent seines Nationaleinkommens in die staatliche Entwicklungshilfe fließen zu lassen. Aber auch wenn alle Geberländer ihren Verpflichtungen nachkommen, beziehen sich die Zielvorgaben auf die Wirtschaftsleistung, und somit werden die Entwicklungshilfefelder in der Rezession zwangsläufig sinken.

Die Entwicklungs- und Schwellenländer haben die Krise umso heftiger und schneller zu spüren bekommen, je stärker sie mit der globalisierten Wirtschaft verflochten sind. Mexiko und Chile, die durch Freihandels- und Investitionsabkommen an die US-Wirtschaft gebunden sind, waren sofort betroffen. Der Preis von Kupfer, Chiles Hauptexportgut, erreichte seinen Höchststand Mitte 2008 mit über vier US-Dollar pro Pfund, nur um bis Ende des Jahres auf 1,4 US-Dollar abzustürzen. Aber nach Aussage des chilenischen Social Watch Berichts ist die Krise am deutlichsten bei den Verlusten der Pensionsfonds spürbar. Die Ersparnisse für die Altersvorsorge verloren bis Ende 2008 etwa 27 Milliarden US-Dollar an Wert, – mehr als 26 Prozent des Kapitals. Aufgrund dessen verzeichnete Chile die größten Verluste an Haushaltsvermögen in Lateinamerika. Aber trotz wiederholter Proteste der Betroffenen ging es für sie nicht so gut wie für die Aktionäre einiger großer globaler Banken aus: Niemand kam ihnen zur Hilfe oder unternahm etwas zu ihrer Entlastung.

Fallende Rohstoffpreise haben die Krise in viele Länder getragen. Die Social Watch Koalition in Uganda vermutet, dass es zu Rückschlägen bei den in jüngster Zeit gemachten sozialen Fortschritten kommen könne und die Millennium-Entwicklungsziele nicht erreicht werden. Mehr noch als Chile leidet Sambia unter sinkenden Kupferpreisen, von denen das Land in höchstem Maße abhängig ist. Der sambische Beitrag für Social Watch bemerkt deshalb, dass „Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten und anderen Ländern, die auf den Einbruch der Wirtschaft mit Hilfen für kollabierende Banken und wichtige Industriezweige reagierten, Präsident Rupiah Banda entsprechende Mittel fehlen.“

Der Bericht aus Ghana nimmt zum gleichen Problem Stellung: „Die BürgerInnen stehen vor der Frage, ob sich das Land eher auf Hilfe durch die internationale Gemeinschaft konzentrieren sollte, um die wirtschaftlichen Auswirkungen in den Griff zu kriegen, oder auf radikale fiskalische und monetäre Maßnahmen zurückgreifen sollte.“

Wie der brasilianische Finanzexperte Fernando Cardim in seiner Analyse für den lokalen Social Watch Bericht schreibt: „Eine Zunahme von Einkommen und Steuereinnahmen (...) ist genau das, was Präsident Obama in den Vereinigten Staaten anstrebt. Auch der Geschäftsführende Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Dominique Strauss-Kahn, hat diese Position seit 2007 wiederholt verteidigt.“ Aber der Fonds betreibt eine entgegen gesetzte Politik, „wie die Konditionalitäten beweisen, die mitteleuropäischen Ländern im Zuge des IWF-Rettungsplans auferlegt wurden.“

Der Westen rettet sich selbst

Im Falle Rumäniens stellt der nationale Social Watch Bericht fest, dass „der Kredit des IWF anscheinend unter Druck von außen zustande gekommen ist, um vor allem die ausländischen Unternehmensbeteiligungen in Rumänien zu retten. Er wird nicht zur Rückzahlung der Außenschulden des Landes, sondern zur Tilgung der Schulden lokaler Tochterunternehmen ausländischer Banken verwendet. Es werden also Staatsgelder verwendet, um den vom Privatkapital verursachten Schaden zu beheben.“ Statt auf die Bedürfnisse vor Ort zu reagieren, sei der IWF nach „verzweifelten Appellen der österreichischen Regierung zur Rettung ihrer Banken in Osteuropa“ nach Rumänien gekommen. Österreichische Banken hatten in der Region Kredite im Gegenwert von 70 Prozent des österreichischen Bruttoinlandsproduktes (BIP) vergeben. Jetzt „wird die Tilgung eines Kredits, der sich auf 40 Prozent des Jahreshaushalts Rumäniens beläuft, nur durch den sinkenden Lebensstandard der Bevölkerung im Laufe kommender Jahre ermöglicht werden können.“

Ungarn brauchte einen IWF-Rettungsplan, um den Totalzusammenbruch der Wirtschaft abzuwenden. Aber damit einher gingen Abwertung, Steuererhöhungen, prozyklische Ausgabenkürzungen sowie andere unpopuläre Maßnahmen. Premierminister Ferenc Gyucsany wurde im März 2009 zum Rücktritt gezwungen. Die neue Regierung plant Kürzungen der Renten, der Zuschläge im

öffentlichen Dienst und des Mutterschaftsgeldes, Belastungen bei Energie- und Verkehrssubventionen sowie ein späteres Renteneintrittsalter.

Ähnlich in Serbien, wo der IWF auf Senkung des Staatsdefizits drängte und damit die Regierung im März 2009 zwang, eine vorübergehende „Solidaritäts“-Abgabe und sechsprozentige Besteuerung der Renten für Einkommen über 170 US-Dollar anzukündigen. Das führte zu Unzufriedenheit und die Gewerkschaften kündigten Proteste an. Ihrer Meinung nach würde die „Solidaritäts“-Abgabe die Ärmsten treffen, die Gehälter sinken und Arbeitslosigkeit und Beschäftigung im informellen Sektor steigen lassen, während die Reichen ungeschoren davon kämen. Das ganze Sparpaket wurde über Nacht zurückgezogen. Nach Aussage der serbischen Social Watch Koalition war die Regierung „hin- und hergerissen zwischen Angst vor sozialen Unruhen einerseits und Druck von Seiten des IWF andererseits. Die folgenden Wochen waren von widersprüchlichen Erklärungen der Politiker geprägt, die abends neue Sparmaßnahmen ankündigten und sie am nächsten Morgen widerriefen.“ Dabei ging es um Ideen wie weniger Ministerien, höhere Vermögenssteuer, Besteuerung von Handy-Kosten und Kauf neuer Fahrzeuge, Einführung einer Steuer auf Luxusautos, Verbot neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, Deckelung der Dienstfahrten ins Ausland und Senkung der Arbeitszeit. Die serbische Koalition bemerkt aber gleichzeitig, dass „die Umsetzung des kürzlich verabschiedeten Gesetzes über die Beschlagnahme von illegal erworbenen Vermögens in einem Jahr 2,64 Milliarden US-Dollar in die Kassen des Staates spülen würde und damit den Betrag, den Serbien beim IWF beantragt hat“.

Auch in Bulgarien sind NRO und Gewerkschaften der Meinung, dass Einschnitte bei den Sozialausgaben in Krisenzeiten unzumutbar sind: „Jede weitere Senkung könnte den sozialen Frieden im Land gefährden“, warnt die dortige Social Watch Koalition. Zwar befürworten Experten der NRO mehr Investitionen für die Verkehrsinfrastruktur, äußern sich aber außerordentlich kritisch über das Unvermögen der Regierung, die in den ersten zwei Jahren seiner vollen Mitgliedschaft an Bulgarien überwiesenen Gelder aus dem EU-Strukturfonds einzusetzen. „Nur 0,6 Prozent der 2,2 Milliarden Euro waren bis Ende 2008 abgerufen worden. Mangelnde Finanzkapazitäten, ausufernde Bürokratie und wenig transparente Verfahren haben dazu geführt, dass die Gelder die geplanten Zielgruppen nicht erreicht haben.“

Abschwächung kann dramatische Ausmaße annehmen

Am Anfang der Krise propagierten einige Wirtschaftswissenschaftler die Hypothese von der „Entkopplung“: Danach würden Schwellenländer aufgrund ihrer erheblichen Devisenreserven, soliden Unternehmensbilanzen und den verhältnismäßig gesunden Bankensektoren relativ unbeschadet durch die globale Finanzkrise kommen. Aber auch solche Länder bekamen die Auswirkungen deutlich zu spüren. Wie Social Watch Indien bemerkt: „Die ursprüngliche Prognose der Regierung, dass das Land unbeschadet davon kommen werde, erwies sich als kurzfristig“, und das Wirtschaftswachstum stürzte von soliden 9,3 Prozent im Jahr 2007 auf 7,3 Prozent in 2008 ab. Für 2009 sagt der IWF ein Wachstum von 4,5 Prozent voraus. Ähnlich gingen in Vietnam, Peru und Kambodscha vorher zweistellige Wachstumsraten auf fünf Prozent zurück.

Die Finanzminister der OECD-Länder könnten angesichts von fünfprozentigem Wachstum neidisch werden, da die meisten von ihnen gerade gegen eine Rezession zu kämpfen haben, aber man sollte die Ausgangslage nicht außer Acht lassen: Fünf Prozent jährliches Wachstum in einkommensschwachen Ländern bedeuten für den Durchschnitt der Menschen dort gerade einmal umgerechnet zehn US-Cent mehr am Tag. Aber ein paar Cent machen einen enormen Unterschied, wenn man arm ist. Wie etwa Social Watch Kambodscha feststellt, bedeutet die Halbierung des Wirtschaftswachstums, dass „die Menschen am Tonle Sap, dem größten See des Landes, besonders schutzlos sind, da sie sich schon vorher verschuldet hatten, um über die Runden zu kommen. Letztes Jahr mussten sie ihre Kinder von der Schule nehmen und zur Arbeit schicken.“

Permanente Krise

Der Begriff „Krise“ bezeichnet eigentlich einen Wendepunkt, einen entscheidenden Augenblick, eine instabile Phase. Aber für viele der Social Watch Koalitionen besteht schon seit Jahrzehnten eine erdrückende Krise – und nicht erst seit dem Kollaps der Finanzmärkte. In der Zentralafrikanischen Republik nimmt die Armut seit 1990 zu, wobei politische Instabilität und Gewalt eine schon geschwächte Wirtschaft noch stärker belasten.

Aus Eritrea wird berichtet, dass sich das Land „schon in hausgemachten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten tief greifender

Art“ befand, bevor es von der globalen Krise erschüttert wurde, während in Nigeria die meisten Menschen „schon geraume Zeit einen Wirtschaftscrash erleben: weit verbreitete Korruption, nicht genug Strom im Land, das Bildungs- und Gesundheitswesen in einem beklagenswerten Zustand und weiterhin erbitterte Kämpfe um die Kontrolle über die Ölreserven“. Für den Jemen sieht die lokale Social Watch Koalition die Ursache für die aufeinander folgenden Krisen seit 1990 in fehlenden Leistungsansprüchen angesichts 42 Prozent der Bevölkerung, die unterhalb der Armutsgrenze leben und einer noch schlechteren Lage der Frauen. In Burma ist die Krise allgegenwärtig – in der Wirtschaft, Politik, Ernährung oder Umwelt. Die Regierung erweist sich nach einem verheerenden Wirbelsturm als unfähig, den eigenen BürgerInnen zu helfen, gibt aber fast die Hälfte des Staatshaushalts für das Militär aus.

Erwartungsgemäß wird die Krise auch Nepal bald erreichen und die Wirkungen „anderer Krisen im Bereich Umwelt, Ernährung, Energie, Finanzen und Politik, unter denen die Gesellschaft seit langem leidet“, verstärken. In Bangladesch hat Wirbelsturm Sidr nach zwei aufeinander folgenden Überschwemmungen gezeigt, wie außerordentlich schutzlos Millionen von Menschen den bedrohlichen Folgen des Klimawandels ausgeliefert sind. Im Kern liegen die Probleme Somalias in einem vollständigen Mangel an Autorität auf Seiten der Regierung, während die ausländische Besatzung in Palästina das Hauptproblem darstellt. Aus einer kritischen Konfliktlage berichtet auch die irakische Koalition, die sich dieses Jahr bewusst auf die Situation der Frauen konzentriert. Ihre Erkenntnisse sind aber von genereller Aussagekraft: „Zusätzlich zur Gesetzgebung braucht es eine Kultur von Zugangs- und Chancengleichheit“.

Polarisierung

Als die Krise und die politische Debatte über Ausgabenstreichungen in Serbien im März 2009 ihren Höhepunkt erreichten, fand in Belgrad eine Automobilmesse statt. Die teuersten Modelle gingen schon am Eröffnungstag für insgesamt mehr als 2,6 Millionen US-Dollar weg.

Die Polarisierung wird überall durch die Krise verschärft. Sogar der Social Watch Bericht aus Bahrein spricht von „einer wachsenden Anzahl von Millionären und einem schrumpfenden Mittelstand und einer verarmten Unterschicht.“ Das Gefühl der Ungerechtigkeit eher noch als

absolute Armut hat „vor allem auf den Dörfern wiederholt zu Konfrontationen und Spannungen zwischen verarmten Gemeinden und den Sicherheitskräften geführt, weswegen Bahrein nunmehr von der Weltbank als Land mit geringer politischer Stabilität eingeordnet wird.“

In Vietnam – häufig als Entwicklungsmodell gepriesen, das Millionen Menschen aus der Armut geführt hat – macht der Konsum des reichsten Fünftels der Bevölkerung 43,3 Prozent der Gesamtausgaben im Land aus, während die restlichen 80 Prozent nur sehr bescheiden leben. Als ähnlich polarisierend beschreibt auch der Social Watch Bericht aus Honduras die Lage, wo Spannungen zwischen Reich und Arm zweifelsohne zu dem Staatsstreich führten, der Präsident Manuel Zelaya im Juni 2009 das Amt kostete und damit die Praxis des „Regimewechsels“ wieder aufleben ließ, die Lateinamerika vor zwei Jahrzehnten zugunsten demokratischer Methoden scheinbar aufgegeben hatte.

Im Nachbarland Costa Rica, traditionell eine Oase des Friedens und konstitutioneller Stabilität in Mittelamerika, warnt die Social Watch Koalition, „falls auf die Herausforderungen [durch die Krise] nicht mit sozialem Dialog und einem entschlossenen Kurswechsel reagiert wird, werden die bestehenden traditionellen Lösungen (Kürzung öffentlicher Ausgaben sowie geringere Ansprüche auf Leistungen) zu größerer Ungleichheit und Armut führen – mit dem Risiko, dass konjunkturelle Armut infolge geringeren Einkommens in strukturelle Armut umschlägt, und die Gewalt gegenüber Frauen und Kindern und älteren Menschen zunimmt.“

Vogel-Strauß-Politik

„In Kenia verschließt die Regierung die Augen vor der Wahrheit“, schreibt die dortige Koalition – „und steckt wie Vogel Strauß den Kopf in den Sand. Die regierende Elite ist der Meinung, dass die Krise von untergeordneter Bedeutung und die nationale Volkswirtschaft ausreichend geschützt sei, da sie nur wenig mit dem internationalen Kapital verflochten ist.“

Man verschließt sich auch andernorts der Realität. In Falle Moldawiens fand Social Watch heraus, dass die Regierung vor den Wahlen im April 2009 vehement abstritt, dass es Auswirkungen der Krise für das Land gebe, und versuchte, die wirtschaftliche Situation künstlich aufrechtzuerhalten. Die Weltbank war nicht so optimistisch und nahm das Land in die Liste der am stärksten betroffenen

Entwicklungsländer auf. Nach den Wahlen erklärte Präsident Voronin jedoch bei einem Treffen mit Geschäftsleuten, Mitgliedern der amtierenden Regierung und des Kongresses sowie Politikern: „Die Krise ist wie ein Brand, eine Katastrophe“. Regierungsvertreter erklärten, man habe die Krise vor den Wahlen heruntergespielt, um ‚keine Panik zu erzeugen‘. In anderem Zusammenhang spielten nicht nur amtierende Politiker, sondern auch das Führungspersonal sozialer Organisationen die Bedeutung der Krise herunter, weil sie befürchteten, dass die Angst vor der Katastrophe Entscheidungsträger dazu verleiten könnte, opportunistischen Forderungen der sowieso schon Privilegierten nachzugeben.

Krisengewinnler

Social Watch Bolivien berichtet: „Bolivianische Unternehmer sind Teil dieses Trends: Sie reagieren auf den bedrohlichen globalen Abschwung mit einseitigen Verhandlungsforderungen, durch die die Lasten der Krise ihren Beschäftigten durch Entlassungen und Kürzungen von Leistungen und Löhnen aufgebürdet werden.“

Auch in Slowenien beobachtete die lokale Koalition, dass Arbeitgeber die Angst vor der Krise dazu missbrauchen, Arbeitnehmerrechte neu zu gestalten. In Guatemala bringen staatliche Maßnahmen, die die Nahrungsmittelkrise etwa mittels Quoten für zollfreie Importe bekämpfen sollen, Vorteile für wenige Gruppen, aber nicht für die Verbraucher allgemein.

Aus Paraguay berichtet die lokale Social Watch Koalition, dass die ersten Forderungen nach zusätzlicher Hilfe „aus den Sektoren kamen, die von neoliberalen Maßnahmen und Marktverflechtungen der früheren Regierung profitiert hatten: Agrarexporture, Industrielle, Importeure und Werbemanager. (...) Die Sojaproduzenten bestanden gegenüber der Regierung nicht nur auf dem Ausgleich ihrer Verluste, sondern auch auf ausreichenden Subventionen, um das Niveau ihrer Produktion und Gewinne zu erhalten. Sie hatten im vergangenen Konjunkturzyklus außerordentlich gut verdient, auch durch Spekulationen mit Agrarrohstoffen an den Terminbörsen, die in vielen Ländern die Förderung von Biobrennstoffen begleiteten.“

In Polen „glaubt die Öffentlichkeit, dass Banken die Wechselkurse zu Lasten der Kunden manipulieren. Gegenwärtig kann die Kursdifferenz zwischen

Kauf und Verkauf bis zu zwölf Prozent betragen,³ und auch dem Amt für Wettbewerb und Verbraucherschutz ist es nicht gelungen, Wechselkursbeschränkungen durchzusetzen. Verbrauchergruppen schließen sich deshalb über das Internet zum Mengenkauf von Devisen zusammen in der Hoffnung, die Kursdifferenz auszuhandeln und manchmal auch Kreditkonditionen neu verhandeln zu können.“

Nach ihrer Teilnahme an einem von *Third World Network* veranstalteten Seminar über asiatische Reaktionen auf die Krise schrieb die Social Watch Koordinatorin für Lobbyarbeit, Natalia Cardona, dass es „unter den Regierungen in der Region anscheinend eine defensive Einstellung gibt. Statt sich für einen neuen Ansatz zugunsten einer Veränderung des internationalen Finanzsystems zu engagieren, verlassen sie sich bei dem Versuch, neue, sich zuspitzende Wirtschaftsprobleme zu lösen, auf altbekannte Konzepte.“

Social Watch Argentinien sieht die Regierung ähnlich unvorbereitet im Hinblick auf die Größenordnung der durch die Krise ausgelösten Probleme, während die brasilianische Koalition glaubt, dass die Staatsführung „Handlungsunfähigkeit mit finanzieller und fiskalischer Besonnenheit verwechselt.“ In Zeiten einer Rezession „sinken die Steuereinnahmen, während die Sozialausgaben steigen. Steuerausfälle nehmen zu, eben weil die Regierungen nicht mutig genug gegen die Schrumpfung der Wirtschaft interveniert haben. Paradoxerweise gerät ein Land bei dem Versuch, sich zumindest den Anschein umsichtigen Handelns zu geben, in eine noch schlechtere fiskalische Lage, als wenn die Regierung die Nachfrage entschlossen gefördert hätte.“

Hilfe für Privilegierte

Zudem sind nicht alle Versuche zur Ankurbelung der Wirtschaft erfolgreich oder wenigstens sozial ausgewogen. Die kanadische Social Watch Koalition meint, dass „der kurzsichtige Plan [der Regierung] zur Ankurbelung der Wirtschaft nicht die Bedürfnisse tausender BürgerInnen befriedigt, die die Hauptlast der Krise tragen. Arbeitsplätze werden mit Staatsgeldern in den männlich dominierten Industrien geschaffen, während Frauen auf Teilzeitarbeit und prekäre Beschäftigungsverhältnissen angewiesen bleiben und häufig als Erste entlassen werden.“

³ Online-Untersuchung von Money.pl unter <www.money.pl/banki/wiadomosci/artykul/ciezki;los:posiadaczzy;kredytow;banki;uderzaja;spredem;207,0;383183.html>.

Fast genau dieselben Worte tauchen im Social Watch Bericht aus Thailand auf: „Eine der umstrittensten Maßnahmen war die Einmalzahlung von 2.000 Baht (57 US-Dollar) an Beschäftigte des staatlichen und privaten Sektors, die weniger als 14.000 Baht (399 US-Dollar) monatlich verdienen. Selbst diejenigen, die anspruchsberechtigt waren, kritisierten die Maßnahme als unverhohlenen Populismus im Gegensatz zu sinnvoller Förderung. Die überwiegende Zahl der in diese Kategorie fallenden Beschäftigten arbeitet im informellen Sektor und ist nicht förderungswürdig. Auch stellt sich dabei das Thema der Genderdiskriminierung, da gerade Frauen überwiegend in der informellen Wirtschaft arbeiten.“

Während westliche Volkswirtschaften erneut Riesensummen in die Rettung ihrer Finanzinstitute stecken und in einigen Fällen ihre Banken wieder verstaatlichen, hat das Parlament in Kenia nach Aussage der lokalen Social Watch Koalition gerade Gesetze zur Privatisierung der wenigen noch bestehenden öffentlichen Einrichtungen von strategischer Bedeutung verabschiedet, um der Regierung Einnahmen zu beschermen. Die zur Privatisierung anstehenden Organisationen sind unter anderem Kenias Stromversorger, der Betreiber des Leitungsnetzes, die staatliche Zuckerindustrie, Hotels und Banken.

Oft wird weiter dereguliert

Im Libanon gestanden sowohl der Premierminister wie auch der Finanzminister ein, dass man negative Auswirkungen der Krise erwarte und die Volkswirtschaft des Landes geschützt werden müsse. In ihrer Analyse kommt die lokale Koalition aber zu dem Schluss, dass die eingeleiteten Schritte nur solche Maßnahmen betreffen, die für den Beitritt des Landes zur Welthandelsorganisation erforderlich sind, nämlich die Liberalisierung des Dienstleistungs- und Produktionssektors.

Auch in Thailand „überarbeitet die Regierung den Regulierungsrahmen für Finanzmärkte zur Ergänzung ihres Konjunkturpakets. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern, die umfangreiche Sicherungsmaßnahmen zum Schutz ihrer Verbraucher und Volkswirtschaften ergreifen, bewegt sich Thailand auf eine massive Deregulierung und Liberalisierung zu, um den Kapitalmarkt stärker in die Wirtschaftsentwicklung einzubinden.“ Die thailändische Koalition befürchtet, dass „diese Initiative, die vielfach von denselben Personen angeführt wird, die schon bei der Finanzkrise 1997 dabei waren

und ausschließlich kurzfristig profitieren wollten, der Wegbereiter für die nächste Krise wird – sobald das Land wieder auf die Füße gekommen ist.“

Aus Malaysia, dessen Wirtschaftswachstum stark vom Export abhängig ist und das die meisten Nahrungsmittel importieren muss, berichtet die lokale Koalition, dass das Land „sich für jahrelange wirtschaftliche Schwierigkeiten wappnen muss. Die Industrieproduktion ist erheblich zurückgegangen, die Arbeitslosenzahlen steigen sprunghaft und Analysten warnen vor einer Rezession, die schlimmer wird als die während der Asienkrise in 1997. Die Regierung ist kritisiert worden, weil sie zu spät eingegriffen hat und sich auf Rettung von Unternehmen konzentrierte. Zivilgesellschaftliche Organisationen veranstalten Protestmärsche und öffentliche Debatten, um der Öffentlichkeit die negativen Auswirkungen dieser Krisen vor allem für die schutzbedürftigen Gruppen der Gesellschaft vor Augen zu führen.“

Im Gegensatz dazu werden in Venezuela Maßnahmen ergriffen, die die Armut ausdrücklich mit massiven Staatsausgaben bekämpfen sollen, auch wenn es dabei nicht immer so transparent zugeht, wie es die lokale Koalition gerne hätte.

Auch Algerien scheint aus der Krise einiges gelernt zu haben. Im September 2008 gab der algerische Gewerkschaftsführer Sid Saïd das Ende der Regierungspolitik des „alles steht zur Privatisierung an“ bekannt. Der algerische Social Watch Bericht schätzt, dass „220 Staatsbetriebe, die sofort nach Verabschiedung neuer Regulierungsmaßnahmen zur Privatisierung freigegeben waren, von der Liste der zum Verkauf anstehenden Unternehmen gestrichen wurden. Der interministerielle Rat der Regierung hat außerdem im Januar 2008 die Kredit- und Finanzgeschäfte öffentlicher Wirtschaftseinrichtungen saniert, indem rentablen Unternehmen die Schulden erlassen wurden. Die Regierung beauftragte eine interministerielle Arbeitsgruppe für Finanzwesen und Mittelstandsförderung mit der Überwachung dieser Sanierungsmaßnahmen.“

In die Menschen investieren

Viele BürgerInnen in allen Teilen der Welt können sich den Schlussfolgerungen der peruanischen Koalition anschließen: „Wenn es gut läuft, fordert man ArbeitnehmerInnen gewöhnlich auf, geduldig die Früchte des Wachstums abzuwarten; wenn es schlecht läuft, sollen sie den Gürtel enger schnallen.“ Aber das ist nicht gerecht und funktioniert auch nicht, wie die Wirtschaftswissenschaftler

inzwischen wissen: Konjunkturpakete, geschnürt aus Steuererleichterungen für die Reichen und Subventionen für Großbanken und –unternehmen, haben nicht die erwünschten Ergebnisse gebracht. In Erwartung einer lang anhaltenden Rezession neigen obere und mittlere Einkommensschichten dazu, nicht gebrauchtes Geld zur Seite zu legen anstatt es auszugeben, während Banken das Geld aus den Rettungspaketen zur Umstrukturierung und nicht zur Kreditvergabe verwendet haben.

Geht das Geld jedoch an die Armen, wird es sofort ausgegeben. Nicht weil sie besser verstehen, wie sie zur Erholung der globalen Wirtschaft beitragen können, sondern weil sie gar keine andere Wahl haben.

Überall auf der Welt stellen zivilgesellschaftliche Organisationen ähnliche Forderungen, wenn auch in unterschiedlicher Form. Wie die lokale Social Watch Koalition in Marokko berichtet, „hat es in einigen Sektoren (Bildung, Gesundheit, Kommunen) Streiks gegeben, und auch ein Generalstreik fand statt. Unter den besonders dynamischen sozialen Bewegungen verdienen die verschiedenen Initiativen des Koordinierungsausschusses gegen hohe Lebenshaltungskosten sowie der Nationalen Verbände Arbeitsloser Akademiker besondere Erwähnung. Kollektive Aktionsstrategien kamen dabei zum Einsatz, wie Sitzstreiks, spontane Volksmärsche und nationale Mobilisierungstage gegen die Armut. Bei den Forderungen geht es um Preisstopps, Erhaltung der Ausgleichsfonds, Verwendung einer flexiblen Gehaltstabelle, Modernisierung der öffentlichen Dienste, Privatisierungsstopp bei der Wasser- und Stromversorgung und ein Rechtsanspruch auf Beschäftigung im Staatsdienst.“

In den Vereinigten Staaten, wo die Krise begann und die Zahl der Arbeitslosen inzwischen auf 13,1 Millionen – 5,6 Millionen mehr als zu Beginn der Rezession – angewachsen ist, wurde die Republikanische Partei von den Wählern „abgestraft“, die sich für Barack Obama und sein Parteiprogramm von Hoffnung und Wandel entschieden. Nach Aussage des amerikanischen Social Watch Berichts „legen nunmehr Bewegungen für Menschenrechte, grüne Arbeitsplätze, gerechten Handel, Gesundheits- und Wohnungsversorgung Vorschläge vor und drängen auf echte und strukturelle Veränderungen. Die USA können es sich nicht leisten, diese Chance auf echten Wandel ungenutzt verstreichen zu lassen.“

In Ghana fordert Social Watch Hilfe für Bäuerinnen „in der Form von Investitionen in Betriebsmittel wie Dünger sowie in Ausbildung und Marktzugang.

Das hilft der Landwirtschaft und trägt gleichzeitig zu neuen Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum und dem Wohl der Bevölkerung bei.“ Eine ähnliche Forderung kommt aus dem Senegal, dem Land mit der größten Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten in Westafrika. Die Zivilgesellschaft schlägt dort, „eine Rückkehr zur traditionellen Landwirtschaft mit entsprechender Ermutigung und Unterstützung durch den Staat“ vor.

Steigende Reallöhne sollten die Konjunktur ankurbeln, ist die Schlussfolgerung von Social Watch in Bulgarien und auch auf den Philippinen: „ein Konjunkturpaket ist durchaus richtig, sollte aber – anders als von der Regierung vorgeschlagen – auf einer klaren nationalen Strategie beruhen, die auf soziale Rechte gründet und nachhaltig für die Armen wirkt. Es sollte die Stärkung der Binnen- nachfrage zum Ziel haben – vor allem angesichts des gegenwärtigen exportfeindlichen Wirtschaftsklimas. Dabei sollte Wert auf Nahrungssicherheit und Beschäftigungsförderung durch Stärkung örtlicher Betriebe sowohl für Frauen wie Männer sowie auf Investitionen in Projekte zugunsten der Armen und grüner Infrastruktur gelegt werden (etwa Bau eines Netzes von Bewässerungssystemen, Stromanschlüsse für abgelegene Dörfer und Entwicklung sauberer Energie) sowie auf mehr soziale und wirtschaftliche Sicherheit für Arme und Arbeitslose. (...) Schließlich sollte man sich auch

ernsthaft Gedanken über Umschuldungsverhandlungen machen, damit der größte Teil der Staatseinnahmen für die dringend notwendige Befriedigung von Grundbedürfnissen der Menschen und nicht für den Schuldendienst verwendet wird.“

In Thailand spricht sich Social Watch für ein breites Bündnis wie schon zu Zeiten nach der südostasiatischen Finanzkrise aus, das zur „Volksverfassung“ von 1997 führte. In Peru unterstreicht die lokale Koalition, dass „der von dieser Krise verursachte Schaden durch Stärkung der Binnennachfrage eingedämmt werden muss, indem der Konsum auf Seiten der ArbeitnehmerInnen gesteigert, die Produktion des Landes geschützt sowie die Freihandelsabkommen ausgesetzt werden, die den peruanischen Markt in Zeiten schrumpfender internationaler Märkte viel zu sehr exponieren“. Die mexikanische Social Watch Koalition befürwortet ebenfalls eine Revision des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens: „Die Nationale Bewegung für Nahrungsmittel- und Energieautonomie, Arbeitnehmerrechte und Demokratische Freiheit schlug (...) einen Dialog auf höchster Ebene zu Themen wie die dringend erforderliche Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) und die Sicherstellung von Arbeitnehmer-, sozialen und Menschenrechten in der Region vor. Dabei geht es auch um die Einrichtung eines Asymmetrischen Ausgleichsfonds für Nordamerika,

Verhandlungen für binationale Migrationsabkommen und die Unterzeichnung eines Abkommens zur Unterstützung des Vertrages für die Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung Nordamerikas.“

Doch nicht nur die staatliche, auch die ökonomische Sphäre ist gefordert, sich wieder stärker den Menschen zuzuwenden: Als Reaktion auf die Krise geht es etwa in Italien immer mehr Kontoinhabern um Ethik: „Der ethisch orientierte Bankkunde macht sich Gedanken darüber, wie sein Geld verwendet wird, aber auch darüber, ob seine Bank Pleite geht. Viele Banken bemühen sich heutzutage deshalb verstärkt um ein besseres Image. Daher sollte man die Rückkehr zum ursprünglichen Auftrag der Banken, nämlich die Förderung der Realwirtschaft, bei der Suche nach einem Weg aus der Krise ständig im Hinterkopf behalten“, meint die italienische Koalition. Ihre Schlussfolgerungen sind allgemein gültig: „Die Schlüsselbegriffe sollten dabei Armutsbekämpfung und Umverteilung von Ressourcen sein.“

Roberto Bissio ist Koordinator von Social Watch International und Chefredakteur der internationalen Ausgabe des Social Watch Reports.